Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 20 (1940-1941)
Heft: 2

Artikel: Blick auf die Westschweiz
Autor: Graber, Paul E.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333885

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick auf die Westschweiz

Von E. Paul Graber

Kaum ein anderer Teil der Schweiz wird in seiner politischen Gestaltung so sehr von wirtschaftlichen Faktoren bestimmt wie die Westschweiz, und kaum ein anderer, der ein so ausgeprägtes, von stärksten Gegensätzen bestimmtes politisches Bild aufwiese, wie die welschen Kantone. Eine vergleichende Studie über die politischen Mentalitäten von Genf, Freiburg, Neuenburg, der Waadt, des Wallis und des Berner Jura würde dies leicht erweisen.

Im vorliegenden kurzen Aufsatz muß ich diese Seite des Problems, ohne sie ganz aus den Augen zu verlieren, bewußt etwas vernachlässigen, um die ganze Aufmerksamkeit des Lesers zunächst auf das Gesamtbild der heutigen politischen Lage der Westschweiz hinzuweisen.

Man rühmt den Welschen einen aufgeweckten, lebhaften Geist nach, der sie eine neue Idee rasch auffassen lasse. Darin liegt etwas Wahres – aber man darf die Kehrseite dieser schönen Medaille nicht vergessen: die leichte Intuition schadet der Festigkeit der *Überzeugung*, welche, der tiefen Wurzeln entbehrend, leicht von jeder neuen Strömung mitgerissen wird.

Eine Zeit wie die heutige, da hundert neue politische Erscheinungen auftreten, der feste Boden zu wanken beginnt und die Menschheit ohne Kompaß dahinzusegeln scheint – eine solche Zeit ist für die Westschweizer noch gefährlicher als für die alemannischen Miteidgenossen. Denn diese besitzen fester gefügte und darum weniger bewegliche Grundanschauungen.

So durchleben gerade jetzt die welschen Lande eine Epoche der Aufwühlung und Verwirrung, eine Zeit, die dem Schiffe vergleichbar ist, das den Kompaß verloren hat. Nur wer ein tiefes, eigenes Orientierungsvermögen besitzt, hält stand und bewahrt die Richtung – die andern geraten leicht auf Irrwege.

Wer scharf beobachtet, wird rasch erkennen, daß diese Richtungslosigkeit vor allem die *bürgerlichen* Gruppen der Westschweiz beherrscht, die jede klare, leitende Idee verloren haben. Aber auch in den Kreisen der Arbeiter tritt die gleiche Erscheinung auf, eine wahre Verwirrung der Geister, ein bedauerliches Zerbröckeln der Gesinnungsklarheit.

Die einzige Idee, die im welschen Bürgertum noch allgemein und einheitlich hervortritt, ist der «Föderalismus» – aber nicht in Gestalt des eidgenössischen Bundesgedankens, den jeder Schweizer anerkennt. Hier herrscht vielmehr ein enger, kurzsichtiger, ja sektiererischer und oft fanatischer Föderalismus. Manch einer beruft sich laut auf diesen tönenden Föderalismus, ohne darüber auch nur näher nachgedacht zu haben, ja, er versteht darunter im Grunde nur die sture Opposition gegen alles, was von Bern kommt. – Daneben aber ist keine das Bürgertum allgemein bestimmende Idee mehr zu finden.

Für das lebhafte und nicht in tiefer Überzeugung verwurzelte Denken

der Westschweizer ist der Zusammenbruch *Frankreichs* eine um so größere Gefahr, als man bisher den geistigen Blick so intensiv durch das Tor der Freiheit nach Westen gerichtet hatte. Das plötzliche Sterben des geistigen Lebens unserer Nachbarn mußte seine unmittelbare, schwere Auswirkung auf unsern Landesteil ausüben. Man übernahm mit einer erstaunlichen Raschheit und mit verblüffender Übereinstimmung bis zum letzten Dörfchen die Legenden und Gerüchte, die in dem besiegten Volke wie das Gras hervorsprossen. Beschämend war oft der Mangel jedes kritischen Denkens. Neun welsche Mitbürger von zehn glaubten ohne weiteres, daß *der* Verantwortliche für die Niederlage Frankreichs – Léon Blum sei. Dabei genügte es, einen der Kolporteure dieses Geschwätzes nach den *Gründen* seiner Auffassung zu fragen, um sofort festzustellen, daß sie jeder Begründung bar war.

Nach dieser Welle der Gerüchte und Verleumdungen aber kamen die Ideen – wenn man so sagen darf –, die von Vichy lanciert und von der Regierungspresse verbreitet wurden. Und man sah in der Westschweiz – einem sonst wesentlich konservativen Landesteil – auf einmal revoltierende Gruppen und revolutionäre Programme auftreten, die eine neue Schweiz, eine neue Gesellschaft zu gründen vorgaben.

In Genf, wo die guten und die schlechten Eigenschaften des welschen Charakters am ausgeprägtesten entwickelt sind, erstand unter der Führung eines Dr. Michel die Gruppe jenes Géo Oltramare wieder, der, vor dem Kriegsausbruch völlig flügellahm geworden, sich jetzt nach Berlin und dann nach Paris begeben hatte, um die Zeitung «La France Nouvelle» («Das neue Frankreich») zu redigieren. Dieser Dr. Michel berief eine Massenversammlung ein, vor der er im wesentlichen ausführte, daß die Schweiz sich dem neuen, totalitären Kurse anzupassen habe, bevor man sie dazu zwinge. Er erklärte aber auch dem Kapitalismus den Krieg und kündigte, unter deutlicher Anspielung auf Léon Nicole, die Möglichkeit eines Zusammengehens mit *diesem* Antikapitalisten an. Weiter kann die Politik des Paradoxen und der Konfusion gewiß nicht mehr getrieben werden.

Die «Demokratische Partei» (liberal-konservativ, à la Picot) und die Radikalen (Freisinnigen) haben ihrerseits Aktionsprogramme herausgegeben, die erstaunlich viel von den derzeitigen französischen Modeströmungen übernahmen. Unter allerhand verworrenem Zugemüse sind darin eindeutige Attacken gegen den Parlamentarismus, gegen das allgemeine und proportionale Wahlrecht, gegen demokratische Grundauffassungen enthalten, und es wird nach der starken Regierung und dem autoritären Kurse gerufen. Die Männer, die den Genfer Radikalismus einst geschaffen und zur Blüte gebracht haben, James Fazy und Favon, würden schamvoll erröten, müßten sie sehen, wie herrlich weit ihre entarteten Nachfolger von heute es gebracht haben.

Diese Entwicklung der Dinge in Genf birgt um so mehr Gefahren, als die dortige Arbeiterschaft, durch Nicoles Fanatismus gespalten, zur Ohnmacht verurteilt ist. Es gibt zurzeit in Genf weder eine sozialdemokratische noch eine gewerkschaftliche Bewegung, die sich dem reaktionären Kurse kraftvoll entgegenwerfen könnte. Unter diesem impulsiven,

brodelnden Volksschlag, der dem Rausch der Phraseologie sehr leicht verfällt, mußte der Erfolg einem Léon Nicole leicht werden. Nichts war für ihn selbst, der sich gern an Erfolgen berauscht, gefährlicher. – Schon vor dem Abschluß des deutsch-russischen Vertrages hatte Nicole seine Getreuen daran gewöhnt, das Sowjetregime als bestes, erstrebenswertes Ziel zu betrachten. Er stand an vorderster Stelle, um die schlimmsten Irrwege Moskaus, wie die berüchtigten Prozesse, die Hinrichtung der alten kommunistischen Garde zu verteidigen. Zugleich, und in Übereinstimmung mit Moskau, riß er die sozialistischen Parteien Europas und ihre besten Männer herunter und proklamierte auf der andern Seite ohne Unterlaß den heiligen Krieg gegen alle Formen des Faschismus. Die russisch-französische Allianz und die Haltung des Pariser Kommunistenführers Thorez erlaubten ihm, eine Politik der französischen Aufrüstung zu vertreten, welche die russisch-englisch-französische Annäherung mit der notwendigen Kraft versehen sollte, den Frieden zu retten. Diese Kraft aber lag nach seiner Meinung vor allem in Moskau.

Der deutsch-russische Pakt und alles, was daraus für Europa folgte, hätte diese Illusionen zerstören sollen. Allein das geschah nur bei jenen Menschen, die über ein wenig eigenen kritischen Geist verfügen, das heißt bei einer Minderheit. Die Gefühlsmenschen in der Politik fordern «Führer», nicht Erzieher. Sie verlangen «Trainer», und an diese Chefs hängen sie sich, wie man an ein Idol sich anhängt – wenn man die eigene, innere Grundlage verloren hat.

So sah man denn in Genf die Arbeiterklasse sich in drei Teile spalten. Die nüchtern und klar überlegenden Arbeiter blieben ihrer Überzeugung treu und bildeten, mit Charles Rosselet und André Oltramare an der Spitze, die in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz verbleibende Gruppe; jene dagegen, die sich von Nicoles überspannter Phraseologie weismachen ließen, sie seien der besonders fortgeschrittene Teil der Sozialisten, blieben um ihren Führer geschart. Zwischen beiden Gruppen aber stehen all die Enttäuschten und nunmehr Untätigen, die das Vertrauen verloren haben und der Politik überdrüssig geworden sind. – Der Gang der Ereignisse, der Zusammenbruch Frankreichs und der französischen Linken insbesondere, versetzte manchem Bewunderer der «Nicoleschen Dynamik» unheilbare Schläge.

Die Auswirkungen im Lager der Gewerkschaften waren nicht weniger katastrophal, so daß man zu der Feststellung gezwungen ist: Léon Nicole hat die Kraft der Genfer Arbeiter zerrissen und entwaffnet – und dies in einem Augenblick, da es notwendig gewesen wäre, der vom heute in Frankreich herrschenden Kurs mitgerissenen Genfer Bourgeoisie entgegenzutreten.

Das Volk der *Waadt* ist weniger impulsiv und mehr sentimental, eher träumerisch und weniger unabhängigen Geistes. In der Tat geht hier – wie in den übrigen welschen Kantonen – die Demokratie nicht auf sehr alte Traditionen zurück. Der Waadtländer neigt von Natur zum Autoritären. In diesem ehemaligen Lehensgebiet der Grafen von Savoyen glaubt man ein vom Rest der übrigen, total verschiedenen Welt losgelöster Kleinstaat zu sein, und so treibt man den Föderalismus bis

zu seinen lächerlichsten Extremen.

Der Waadtländer Freisinn pflegt schon mehr den Autokratismus als den Föderalismus, und hier geht man ohne Zweifel auf dieser Bahn weiter als irgendwo in der Schweiz. Könnten die alemannischen Eidgenossen ganz erfassen, bis zu welchem Grade die Herren Porchet, Norbert Bosset und Pierre Rochat den Gedanken der Regierungsautokratie entwickeln – sie würden aus der Verblüffung nicht mehr herauskommen. In diesen Kreisen spielt man mit der Idee einer vollen kantonalen Autarkie. Dabei stellen aber – des Menschen Art heißt Widerspruch – die Waadtländer den General der schweizerischen Armee, den Bundespräsidenten, den Generaldirektor der SBB., den Direktor der Eidgenössischen Preiskontrolle und sogar den Großmeister der schweizerischen Freimaurerloge . . .

Seltsamerweise stößt man bisweilen bei den *liberal-konservativen* Waadtländern noch eher auf einige Anhänglichkeit an unsere Demokratie und auf einen gewissen Idealismus. Indessen gehören die Kreise, die diesen Geist pflegen, schon zur alten Schule, und die junge Generation scheint den frontistischen Erneuerungstendenzen, einem rüden Antiparlamentarismus und Antidemokratismus sich hinzugeben.

Diese Elemente werden durch die «Ligue Vaudoise» und deren Zeitung «La Nation» vertreten. Man hat in diesem Blatte die krassesten und lächerlichsten Anklagen gegen die heutige Regierungsform der Schweiz gelesen. Jede politische Extravaganz war dort schon anzutreffen, und die Ergüsse der Regamey, Moulin und Konsorten haben unsere eidgenössischen Einrichtungen geradezu pulverisiert und für die unmöglichsten Oppositionsaktionen geworben. Diese «Bewegung» war an der Grenze der tödlichen Lächerlichkeit angelangt, als die Umwälzung in Frankreich ihr neuen Auftrieb gab. Indessen scheint es nun, als ob die Liga, von ihren bisherigen Erfahrungen ein wenig erschöpft, ihre Taktik ändern wollte. Sie schmeichelt jetzt zugleich dem Gotthardbund und den waadtländischen Gewerkschaften, woraus ihre Konfusion ersichtlich ist. Erstaunlicher ist die Tatsache, daß führende Gewerkschafter sich bereit gefunden haben, mit diesen Leuten in Verbindung zu treten, ja sogar eine Art gemeinsames Programm aufzustellen – ein Programm, dessen hervorragendste Forderungen in der Verurteilung der Parteien und des Parlamentarismus gipfeln und das nach einem überspitzten Föderalismus ruft . . .

Dieses Programm stammt ohne Zweifel aus der Küche des Herrn Regamey und zeugt für die ungeheure Geisteswirrnis, die dort herrscht. Es enthält auch äußerst autoritäre und etatistische Postulate – Spuren, die auf die Miturheberschaft des Herrn Porchet, spiritus rector der Waadtländer Regierung, hindeuten. Natürlich wird auch sozialen Postulaten ein großer Raum gewährt, und die Herren gehen, auf dem Papier wenigstens, sehr weit in dieser Richtung.

Der Leser möge sich selbst ein Urteil bilden auf Grund der folgenden Abschnitte dieses Programms, das, wie erwähnt, als Diskussionsgrundlage zwischen gewissen Waadtländer Gewerkschaftsvorständen und der Liga diente:

Politische Fragen.

1. Das individualistische Stimm- und Wahlrecht und der Wirtschaftsliberalismus, von der Französischen Revolution geschaffen und durch die politischen Parteien und den namenlosen Kapitalismus verkörpert, haben die Einheit der Familie geschwächt, die Gemeinden und andere zwischen dem Staat und dem Einzelnen stehende Körperschaften dem Staate unterjocht, Arbeitgeber und Arbeiter gegeneinander in den Klassenkampf getrieben und die Regierung der Autorität und der Kontinuität beraubt, die zur Führung des Landes notwendig sind.
2. Das *wirkliche, organische und allgemeine Stimmrecht* kommt den Einzelnen insofern zu, als sie in der Gesellschaft eine aktive und nützliche Rolle spielen. Es wird in den lokalen und beruflichen Verbänden und durch dieselben ausgeübt.
3. Die *nationale Vertretung* der regionalen und beruflichen Interessen wird die auf Proporz oder Majorz begründeten Vertretungen der politischen Parteien ersetzen.
4. Die *Informations- und Meinungspresse* erfüllt einen öffentlichen Dienst. Ihre finanzielle Unabhängigkeit wird sichergestellt werden.
5. Der *Dienst am Staate* muß unentgeltlich sein. Niemand darf aus einem Regierungsamte oder aus einem politischen Mandat Nutzen ziehen.
6. Die *Kantone*, welche den Bund zum Schutze ihrer gemeinsamen Unabhängigkeit geschlossen haben, bleiben souverän. Ihre Abgeordneten im *Ständerat* bilden die oberste Gewalt der Eidgenossenschaft. Sie wählen den Bundesrat, den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Bundes, sowie die Mitglieder des Bundesgerichts.
7. Dem *Bundesrate* ist die Leitung des Bundes übertragen, die in der Weise reorganisiert wird, daß die Schweiz eine Regierung besitzt, die zum Entscheiden und Handeln fähig ist, und nicht mehr lediglich sieben sich gegenseitig ignorierende Verwaltungsdepartemente.
8. Daher wird der *Bundespräsident* in Zukunft wiederwählbar sein und zum permanenten Präsidenten des Bundesrates werden.
9. Der Nationalrat wird durch eine *eidgenössische Kammer der Berufsstände* ersetzt werden, deren Mitglieder ernannt werden:
   a) durch die kantonalen Ständekammern oder Berufsräte, je ein Patron und ein Arbeiter oder Angestellter für den Handel und für die Industrie, sowie zwei Vertreter der Landwirtschaft beziehungsweise des Weinbaus;
   b) durch die großen Wirtschaftsverbände, deren Liste vom Bundesrat jährlich aufgestellt wird; auch diese Vertretung wird paritätisch sein.
10. Die eidgenössische Kammer der Berufsstände besorgt die Maßnahmen zur Angleichung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Kantone und der Berufsstände, sie gibt ihr Gutachten zu den Fragen der Wirtschaft, des Zolles und der Finanzen sowie der öffentlichen Dienste des Bundes und, im allgemeinen, zu jeder das wirtschaftliche und soziale Leben der Schweiz betreffenden Vorlage.
11. Die Anträge der eidgenössischen Kammer der Berufsstände treten in Kraft, wenn sie vom Ständerat gutgeheißen werden.
12. Die *Kantone* gestalten ihre Organisation frei im Rahmen des Bundesvertrags. Sie leisten *Geldkontingente* an die Bundesauslagen nach einem vom Bundesrat auf Grund von Expertengutachten aufgestellten Tarif.
13. Eine *Kompensationskasse*, gespeist aus den Beiträgen der Kantone, wird

geschaffen werden, um diejenigen Kantone zu unterstützen, deren Finanzquellen nicht im richtigen Verhältnis zu ihren Aufgaben stehen. Der Bund wird keine Subventionen mehr ausrichten.

In einer weiteren Studie werden wir uns mit den anderen Kantonen der Westschweiz befassen, die anscheinend unter der Wirrsal der Zeit nicht so schwer leiden.

Parteiarbeit

Von Bruno Grimm

I.

1933. — Die Republik von Weimar fiel. Mit ihr die Pressefreiheit. Die Arbeiterorganisationen wurden aufgelöst. Die Diktatur begann sich zu etablieren. Das «System» war zerschlagen — ein neues begann zu *rüsten.*

1934. — Unter der Führung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft organisiert das Schweizervolk die Abwehrbewegung gegen die Fronten und Bünde. Sie wittern Morgenluft und hören über die Grenzen das Totenglöcklein der Demokratie läuten.

1935. — Abessiniens Bergland dröhnt vom Donnern der italienischen Geschütze. Die Flammen des Krieges beginnen am Weltfrieden zu lecken.

1936. — Eisenegger wird der Bettelei in Berlin überführt. Der Kampf des Volkes gegen die Frontisten beginnt seine Früchte zu zeitigen.

1937. — Der Völkerbund wird — so wie es die Sozialdemokratische Partei der Schweiz im Jahre 1920 anläßlich des Beitrittes unseres Landes zur Genfer Institution voraussagte — immer bedeutungsloser. Nach Deutschland und Japan erklärt auch Italien seinen Austritt.

1938. — Trotz eindringlicher Warnungen hat Schuschnigg den Dollfus-Kurs fortgesetzt. Resultat: Der Nationalsozialismus bricht den Unabhängigkeitswillen — Österreich fällt.

1939. — Nach der Auslöschung der Tschechoslowakei und dem Frieden von München erklären England und Frankreich Hitler den Krieg. *Sechs* Jahre hatte Deutschland Gelegenheit, zu rüsten.

1940. — Frankreich wird von Deutschland besiegt. Der europäische Krieg droht zum Weltbrand zu werden. Die Erde dampft vom Blute der Hunderttausende. — Der Menschheit Schicksal — von den Arbeitern in Partei und Gewerkschaften geahnt, prophetisch vorausgesehen — hat sich erfüllt.

*

Welche politische Bewegung oder Schicht des Bürgertums hat so klar und richtig die Triebkräfte und den Lauf der Entwicklung erkannt, wie die Sozialdemokratie? Welche Partei hat sich so sehr dem Hohn